

Das Beispiel zeigt, daß selbst in einer Industriestadt wie Shenyang ein großer Mangel an Fachkräften besteht, der sich besonders bei kleinen und mittleren Betrieben bemerkbar macht. Mit dem Einsatz der Studenten scheint es möglich zu sein, ein ungenutztes Potential auszuschöpfen, wengleich bislang nicht bekannt ist, wie erfolgreich die Aktion war. -st-

TAIWAN

* (41)

Beziehungen mit dem Vatikan getrübt

Die römische Zeitung "Il Tiempo" hat am 6. März einen Bericht gebracht, in dem der Reporter Petro Sillo die Ansicht vertritt, daß der Vatikan die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrechen und nur noch ein inoffizielles Verhältnis mit der Insel durch eine Vertretung ohne diplomatischen Status unterhalten werde, um dadurch den Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Beijing zu ebnet. Sillo begründete seine Analyse mit einer Reihe ungewöhnlicher Aktivitäten zwischen dem Vatikan und Taipei in der jüngsten Zeit: Ende des vergangenen Jahres hat der Papst den Geschäftsführer der Botschaft des Vatikans in Taipei zu einem politischen Gespräch nach Rom gerufen; Anfang Februar dieses Jahres reiste der Botschafter Taiwans beim Heiligen Stuhl zur politischen Konsultation nach Taipei, und Ende Februar führte der Papst ein langes Gespräch mit einer Delegation römisch-katholischer Bischöfe aus Taiwan (LHB, 7.-9.3.84).

Der Sprecher des Außenministeriums in Taipei sowie Taiwans Botschafter beim Vatikan, Zhou Shukai, haben die Meldung der italienischen Zeitung als absurd zurückgewiesen. "Il Tiempo", die einen Leserbrief Zhou sowie die Erklärung des Außenministeriums von Taipei ohne Abkürzung druckte, besteht in ihrer Redaktionsanmerkung zu dem Leserbrief darauf, daß der Bericht von Sillo glaubwürdig sei.

Seitens des Vatikans wurde trotz der energischen Aufforderungen Taiwans kein öffentliches Dementi zu der Spekulation abgegeben. Zwar hat Beijing laut einer AP-Meldung vom 8. März (zitiert nach LHB vom 9.3.84) dementiert, daß unmittelbare Verhandlungen mit dem Vatikan stattgefunden hätten, jedoch die Möglichkeit eines solchen Kontaktes in Zukunft nicht ausschließen wolle. Das chinesische Außenministerium hat betont, so heißt es, China werde keine Fühlung mit dem Vatikan aufnehmen, solange dieser

diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalte und damit nicht aufhöre, sich "in innere chinesische Angelegenheiten einzumischen und nicht die Souveränität Chinas zu respektieren".

Neben der Taiwan-Frage gibt es zwischen dem Vatikan und Beijing noch einen grundsätzlichen Streit um den Status der chinesischen katholischen Kirche. Während die Chinesen nach der Gründung des kommunistischen Regimes eine unabhängige "patriotische Kirche" geschaffen haben, will der Vatikan auf die päpstliche Obrigkeit über die chinesische Kirche nicht verzichten und die von dieser inzwischen selbst bestimmten Geistlichen nicht anerkennen. Dies wurde von Beijing als Einmischung in innere chinesische Angelegenheiten und Mißachtung der chinesischen Souveränität betrachtet.

Die gewisse Liberalisierung der Religionen in der VR China im Rahmen des jetzigen pragmatisch politischen Kurses unter Deng Xiaoping läßt den Vatikan hoffen, daß die traditionellen Beziehungen zur chinesischen Kirche wiederhergestellt werden könnten. Dies ist jedoch unmöglich, wenn der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhält und die kommunistische Regierung politisch nicht anerkennt. Daß der Vatikan im letzten Jahr laut einer jüngsten AFP-Meldung von allen in den fünfziger Jahren aus China geflüchteten bzw. vertriebenen europäischen Bischöfen einen Rücktritt von ihren Posten im kirchlichen Bereich Chinas gefordert hat, sah die LHB in ihrem Leitartikel vom 3. April dieses Jahres als deutliches Signal aus dem Vatikan zum Kompromiß mit Beijing. Gleichzeitig wies die Zeitung in demselben Artikel noch darauf hin, daß Papst Johannes Paul II. bei seiner Ostasienreise (im Februar 1981) an Taiwan vorbeigegangen war und daß die vatikanische Botschaft in Taipei seit langer Zeit nur von einem Geschäftsführer besetzt ist. Wenn auch die offizielle Seite beteuert, daß die Beziehungen zum Vatikan unverändert seien, kann die Öffentlichkeit auf der Insel einschließlich einiger führender Persönlichkeiten der katholischen Kirche dort nicht umhin, sich Sorgen um ein Umschlagen der Chinapolitik des Vatikans zu machen.

In einem kurzen Artikel in der ZYRB (10.3.84) möchte Luo Guang (Lo Kuang), der im Februar die obengenannte Bischofsdelegation aus Taiwan zum Papst geleitet hat, zwar an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem kommunistischen China nicht glauben, schließt gleichzeitig aber einen Abbruch

der diplomatischen Beziehungen des Vatikan zu Taiwan nicht aus. Er wies auf die Tatsache hin, daß der Vatikan der einzige Staat in Europa sei, der noch diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhalte. Dies erregt, so Luo Guang, großen Mißmut und Feindseligkeit in Beijing gegenüber dem Vatikanstaat und gibt den chinesischen Kommunisten einen Vorwand, jeglichen Kontakt mit dem Heiligen Stuhl abzulehnen. Um Diskussionen über die Fragen der katholischen Kirche auf dem chinesischen Festland zu ermöglichen und dadurch die dortige Kirchenarbeit zu erleichtern, meinen daher viele katholische Führer in Europa und Amerika, daß der Vatikan nur noch eine Kirchenvertretung in Taiwan unterhalten solle.

In seiner Rede für die genannte Bischofsdelegation sowie 100 in Rom weilende chinesische Geistliche und Gläubige hat Papst Johannes Paul II. die Einheit des chinesischen Volkes bekräftigt und an die chinesischen Katholiken in Taiwan und im Ausland appelliert, eine Kirchenbrücke zu den Brüdern und Schwestern auf dem chinesischen Festland zu bauen (s. ZYRB, 9.3.84). Auch hier gibt es Andeutungen über eine Neuorientierung der Chinapolitik des Vatikans zur politischen Neutralität zwischen Taiwan und Beijing, d.h. einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan zugunsten der Wiederherstellung der Kirchenbeziehungen zum chinesischen Festland. -ni-

* (42)

Eine seltsame Flugzeugentführung

Am 22. März wurde ein Verkehrsflugzeug der British Airways vom Typ Boeing 747 mit 338 Passagieren und 16 Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Weg von London nach Beijing nach einer Zwischenlandung in Hongkong entführt und zur Landung auf Taiwan gezwungen.

Der Entführer ist ein 28-jähriger Mann aus Hongkong namens Liang Weiqiang. Das Flugzeug war an dem genannten Tag um 11 Uhr 45 von Hongkong gestartet. 45 Minuten danach hatte der Entführer durch eine Stewardess einen maschinengeschriebenen Brief an den Kapitän gegeben, in dem eine Kursänderung gefordert wurde. Der Luftpirat hatte keine Waffen gezeigt, in dem Schreiben jedoch betont, daß er in der Maschine noch Komplizen habe, zu denen auch ein Besatzungsmitglied gehöre. Ferner bedrohte er den Pilot mit Gewaltanwendung, falls dieser die "Zusammenarbeit" verweigere.

Die Jumbo-Maschine, die sich be-

reits tief im südchinesischen Luftraum befand, kehrte auf Befehl des Entführers zunächst nach Hongkong zurück. Sie sollte, so heißt es in dem Brief, 15 Minuten lang in der Luft über Hongkong kreisen und durch die Bodenstation des Flughafens der höchsten chinesischen Vertretung in Hongkong ausrichten, daß die chinesische Regierung eine Hinrichtung der Frau von Mao, also Jiang Qing, erneut in Erwägung ziehen solle und daß Hongkong keinen Kommunismus brauche. Gleichzeitig wurden diese Mitteilungen aber nicht als Befehle, sondern als Vorschläge bezeichnet. Als "Befehl" bezeichnete der Flugzeugentführer es dagegen in seinem Schreiben, daß die chinesische Regierung Südkorea zwingen solle, die sechs chinesischen Luftpiraten, die im Mai vorigen Jahres ein chinesisches Verkehrsflugzeug nach Seoul entführt hatten und von dem südkoreanischen Gericht zu 4 - 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden waren, binnen einiger Stunden freizulassen und sie sofort nach Taiwan zu senden. Erst dann, so lautete die Anweisung, könne auch die Maschine der British Airways freigelassen werden.

Schließlich flog das Flugzeug anscheinend ohne Aufenthalt im Luftraum über Hongkong direkt nach Taiwan. Nachdem es um 14 Uhr 49 auf dem internationalen Chiang-Kai-shek-Flughafen bei Taipei gelandet war, ergab sich der Luftpirat ohne weiteres den Sicherheitsbehörden Taiwans. Als er das Flugzeug verließ, hat er sich noch auf Englisch, Französisch und Chinesisch bei den Passagieren dafür entschuldigt, daß sie sei- netwegen viel Zeit verloren hätten. Außerdem rief er nach Augenzeugenberichten noch antikomunistische Parolen und schüttelte den taiwanesischen Sicherheitsbeamten die Hand, bevor er von diesen mit einem Pkw "abgeholt" wurde. Weder bei dem Entführer noch sonst an Bord hat man Waffen oder Sprengstoff gefunden. Um 18 Uhr 55 durfte die Maschine nach vier Stunden Aufenthalt in Taiwan den Chiang-Kai-shek-Flughafen wieder verlassen und landete um 20 Uhr 13 in Hongkong.

Taiwan verbietet den Flug- und Schiffsverkehr mit dem chinesischen Festland sowie anderen kommunistischen Staaten. Die genannte britische Maschine ist wohl das erste Verkehrsflugzeug seit 34 Jahren, das vom anderen Ufer der Taiwan-Straße aus nach Taiwan geflogen ist. Unter den Passagieren befanden sich der indische Botschafter in Beijing, kanadische Diplomaten und eine chinesische Delegation. In Taiwan hielt man zunächst den Entführer für einen

Überläufer aus dem kommunistischen Teil Chinas. Deshalb wurde in der Presse der Vorfall nicht als Flugzeugentführung, sondern als "Kursänderung" einer britischen Verkehrsmaschine auf "Forderung eines Passagiers" und "Notlandung" in Taiwan bezeichnet. Man nahm, so heißt es, den betreffenden Passagier in Gewahrsam. Der Ausdruck "Festnahme" tauchte erst einen Tag später auf, nachdem man festgestellt hatte, daß der betroffene "Passagier" kein Überläufer, sondern ein einfacher Einwohner von Hongkong war.

Liang, dessen geistiger Zustand nach ärztlicher Untersuchung nicht anomal ist, hatte die Flugzeugentführung vorher geplant, obwohl er nicht bewaffnet war. Vor seinem Unternehmen hatte er seinem Bruder in Hongkong drei Briefe hinterlassen, die von diesem am Tag nach dem dramatischen Vorgang veröffentlicht wurden: einen englischen Brief an die British Airways, einen an seinen Bruder und einen an seine Frau. Diese stammt aus Taiwan und wohnt zur Zeit mit ihren Eltern sowie zwei eigenen Kindern in den Niederlanden. Ihr teilte der Flugzeugentführer mit, daß er sich Sorgen um die Zukunft Chinas mache und durch eine ungewöhnliche Tat den Patriotismus der Chinesen wachrufen wolle. Er wies in diesem Zusammenhang auf ein Zitat von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) hin, daß ein Chinese ein heldenhaftes Benehmen an den Tag legen solle. Die Verwandten und Freunde des Entführers in Taiwan, Hongkong und den Niederlanden bezugten Reportern gegenüber, daß er sich häufig Gedanken um die Zukunft von Hongkong gemacht habe und Taiwan sehr liebe. Alle waren von seiner Tat überrascht. Bei dem ersten Verhör nach der Landung der entführten Maschine der British Airways in dem internationalen Flughafen bei Taipei soll er nach einer Meldung von LHB (26.3.84) den taiwanesischen Sicherheitsbeamten erklärt haben, daß er mit dem Hauptziel nach China habe reisen wollen, Jiang Qing zu töten. Dann habe er überlegt, daß er dies doch nicht allein schaffen könne, und schließlich den Piloten des Flugzeugs zum Flug nach Taiwan gezwungen (LHB und ZYRB, 23.-25.3.84; DGB, 24.-25.3.84).

Das Ereignis, das wie ein Kinderspiel erscheint und weder den Passagieren noch der British Airways wesentlichen Schaden zugefügt hat, versetzte Taiwan in ein großes Dilemma. Denn die Taipeier Regierung hat gegen das bereits erwähnte Urteil des südkoreanischen Gerichts scharf protestiert und beharrt immer noch auf Freilassung der Luftpiraten durch Seoul (vgl. C.a., Sept. 1983, S.559 f.)

Sollte Taiwan selbst den Flugzeugentführer aus Hongkong bestrafen, so würde dies seine Argumentation gegenüber den Koreanern zugunsten der Freilassung der von ihm als "Freiheitskämpfer" bezeichneten sechs Flugzeugentführer vom chinesischen Festland schwächen. Wenn jedoch der Hongkonger für seine Flugzeugentführung vom Gericht in Taiwan aufgrund seiner antikomunistischen politischen Motive nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen würde oder nur eine mildere Strafe zu tragen brauchte, so würde die Insel damit ganz sicher nicht nur auf britischen, sondern auch auf weltweiten Unmut stoßen. -ni-

* (43)

Jiang Jingguo zum Staatspräsidenten wiedergewählt

Wie erwartet wurde Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) am 21. März durch eine Wahl auf der 7. Sitzung der noch 1949 gewählten I. Nationalversammlung der Republik China im Amt des Staatspräsidenten für weitere sechs Jahre bestätigt. An der Wahl nahmen insgesamt 1022 Delegierte teil, von denen 1012 oder 99,02% ihre Stimme Jiang gegeben haben. Acht Stimmen wurden als ungültig bezeichnet. Es gab keinen Gegenkandidaten.

Auch bei der Wahl des stellvertretenden Staatspräsidenten hat der von der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) auf Vorschlag Jangs bestimmte Kandidat Li Denghui ohne Kontrahent 873 der 1.000 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt; der Rest von 126 Stimmen galt als ungültig (ZYRB, 22.-23.3.84).

Jiang, der 74 Jahre alt ist und seit langer Zeit an Diabetes leidet, hat sich in der Vergangenheit zweimal einer Augenoperation unterzogen. Jahrelang erschien er nur sehr selten in der Öffentlichkeit. Dies hat viele Spekulationen über seinen Gesundheitszustand ausgelöst. In letzter Zeit ist er allerdings wieder aktiver geworden. Die taiwanesischen Presse berichtete kürzlich über Besuche Jangs auf den Inseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) und Penghu (Pescadore) sowie über seine Kontakte mit den Soldaten und der Bevölkerung dort.

Der neu gewählte stellvertretende Staatspräsident Li Denghui (61), Landwirtschaftsexperte und amtierender Gouverneur der Provinz Taiwan, ist ein farbloser einheimischer Politiker wie sein Vorgänger Xie Dongmin.

In dem Regierungs-, Partei- und Militärapparat hat Li wie auch andere einheimisch taiwanesischen

Politiker kaum einen persönlichen Einfluß. Wenn er nun auch nominell zum stellvertretenden Staatspräsidenten gewählt wurde, so gilt er noch längst nicht als Nachfolger Jiang Jinguos in dessen Machtposition. -ni-

*(44)

Staatshaushalt nimmt wieder zu

Für das kommende Finanzjahr (Juli 1984-Juni 1985) wurde in dem vom Exekutiv Yuan (Regierung) am 15. März im Legislativ Yuan eingebrachten Haushaltsentwurf mit Einnahmen und Ausgaben jeweils in Höhe von 359,16 Mrd. NT\$ (40 NT\$ = 1 US\$) eine Zunahme von 11,3% gegenüber dem laufenden Finanzjahr vorgesehen (ZYRB, 16.3.84). Im März des vergangenen Jahres hatte die Regierung noch, infolge der damals depressiven Wirtschaftslage, im Haushaltsplan die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% reduziert (vgl. C.a., März 1983, S.183, Ü 55).

Nun hat sich aber die Konjunktur im Laufe des vergangenen Jahres mit einem Zuwachs des BSP von rund 7,14% unerwartet stark belebt. Für dieses Jahr wird ein Wachstum von 7,5% geschätzt. Die neue Expansion des Staatshaushalts ist von einer zu erwartenden Steigerung der Regierungseinnahmen als Folge der verbesserten Wirtschaftslage ausgegangen.

Unter den Ausgabenpositionen stehen die Aufwendungen für Verteidigung und Außenpolitik mit über 141,89 Mrd. NT\$ oder 39,4% des Gesamtvolumens an erster Stelle. Ihnen folgen die Ausgaben für Wirtschaftsaufbau und Verkehr mit über 65,3 Mrd. NT\$ (18,2%), die für Sozialpolitik mit über 57,96 Mrd. NT\$ (16,1%) und die für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit über 41,28 Mrd. NT\$ (11,5%).

Laut Voranschlag des Exekutiv Yuan liegen die Ausgaben der Zentralregierung und der Lokalregierungen auf allen Ebenen für das Fiskaljahr 1984/85 insgesamt bei einer Höhe von über 591,88 Mrd. NT\$, dagegen betragen die gesamten Einnahmen 576,21 Mrd. NT\$. Per Saldo ergibt sich also ein Fehlbetrag von über 15,66 Mrd. NT\$. Auch in dem Staatshaushalt für das kommende Finanzjahr muß eine Lücke von über 29,88 Mrd. NT\$ teils durch die Neuausgabe von Aufbauobligationen (22 Mrd. NT\$), teils durch Rückgriff auf Haushaltsreserven (7,88 Mrd. NT\$) gedeckt werden. -ni-

*(45)

Kontrolle über Waren vom chinesischen Festland gelockert

Das Außenhandelsamt des Wirt-

schaftsministeriums in Taipei hat am 7. März die Einfuhr von 1157 Warenarten liberalisiert. Es handelt sich dabei um traditionelle chinesische Medikamente, Nahrungs- und Genußmittel, Seidenartikel, Haare und Harz. Diese Artikel stammen überwiegend vom chinesischen Festland. Handel mit dem unter kommunistischer Herrschaft stehenden chinesischen Festland ist in Taiwan grundsätzlich verboten. Um auch den indirekten Warenverkehr mit drüben über Drittländer zu verstopfen, durften nach den bisherigen Außenhandelsbestimmungen 305 Sorten von Waren nur aus Europa und Amerika, 306 nur aus Gebieten außerhalb Hongkongs und Macaus, 307 aus Gebieten außerhalb Hongkongs, Macaus, Singapurs und Malaysias sowie 308 aus Gebieten außerhalb Hongkongs, Macaus, Singapurs, Malaysias und Japans nach Taiwan eingeführt werden (ZYRB, 8.3.84).

Die genannte Aufhebung der Importbeschränkungen für 1157 Warenpositionen wurde allgemein als Liberalisierung des indirekten Handels Taiwans mit dem chinesischen Festland betrachtet, der hauptsächlich über Hongkong abgewickelt wird (XNA, 12.3.84; DGB, 10.3.84 und Radio Beijing in Deutsch, 12.3.84).

Seit September vorigen Jahres hat Taiwan den Import von insgesamt rund 3.000 Warenpositionen liberalisiert (ZYRB, 8.3.84; vgl. auch C.a., Sept. 1983, S. 554, Ü 40). Nach dem neuen Liberalisierungsschritt sind zur Zeit noch 134 Warenpositionen mit Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Herkunftsländer belegt. Diese richten sich hauptsächlich gegen die Einfuhr von Videorecordern, elektronischen Geräten, Pkws und Fischen aus Japan (vgl. LHB, 8.3.84). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*(46)

Neue Nervosität wegen der Zukunftsfrage

Am 16. und 17. sowie am 26. und 27. März haben die chinesischen und die britischen Unterhändler in Beijing die 10. bzw. 11. Verhandlungsrunde über die Zukunft Hongkongs abgehalten. In den Kommunikates dazu wurde nach wie vor außer den stereotypen Wendungen von "nützlichen und konstruktiven Gesprächen" sowie der Terminangabe für die nächste Verhandlungsrunde nichts über den Fortgang und das bisherige Ergebnis der Verhandlungen erwähnt. Da die chinesische Seite in letzter Zeit öffentlich zu einer Lösung noch vor dem kommenden Herbst drängte und da sich auch das Verhandlungstempo mit

zwei Runden in einem Monat offenbar beschleunigte, entstand in Hongkong neue Nervosität.

Zwei Tage vor Beginn der 10. Verhandlungsrunde, am 14. März, hat der Legislativrat einstimmig einen Beschluß gefaßt mit folgendem Wortlaut: "Jeglicher Vorschlag über die Zukunft Hongkongs soll in diesem Rat diskutiert werden, bevor ein Abkommen abgeschlossen wird." (DGB, Luftausgabe, 16.3.84) In der Debatte haben die Ratsmitglieder von London und Beijing verlangt, die Geheimhaltung der Gespräche über die Zukunft Hongkongs aufzugeben, um Vertrauen in der Bevölkerung herzustellen. Der Legislativrat, dessen Mitglieder von London ernannt und keine Volksvertreter sind, ist nur ein Beratungsorgan des britischen Gouverneurs. So ist sein Beschluß für die koloniale Regierung nicht unbedingt verbindlich. Politisch hat es nur kleine Wellen geschlagen, als Roger Lobo, Mitglied des Legislativrates, im Februar den Antrag auf den Beschluß stellte. Die von Beijing gesteuerte linke Presse hat die "Lobo-Initiative" scharf angegriffen, während die offizielle Seite Chinas nur kühl darauf reagiert.

Nachdem der Legislativrat den Beschluß verabschiedet hatte, wiederholte Beijings höchster Vertreter in Hongkong, der Leiter des XNA-Büros Xu Jiatun, die kurze Bemerkung: "Ich hoffe, daß die britische Regierung diese Angelegenheit mit Weisheit künftig behandeln wird." (DGB, Luftausgabe, 20.3.84) In der Öffentlichkeit Hongkongs ist die "Lobo-Initiative" nicht auf ein breites Echo gestoßen, da man die zur Zeit vorhandene gute Verhandlungssphäre nicht stören möchte.

Einen heftigeren Schock hat das britische Handelsunternehmen Jardine Matheson für Hongkong vorbereitet. Gerade einen Tag nach dem Abschluß der 11. sino-britischen Verhandlungsrunde über die Hongkong-Frage hat der Vorsitzende des Unternehmens, Simon Keswick, am 28. März angekündigt, den Hauptsitz der Firma mit der Gründung einer Holdinggesellschaft von Hongkong nach Bermuda zu verlegen. Die Firmengeschichte ist mit der Geschichte der Kolonie eng verbunden. Schon im Jahre 1832 wurde das Unternehmen von zwei schottischen Chirurgen zuerst in Kanton und Macau gegründet. Es verkaufte Opium in China. Als die chinesische kaiserliche Regierung das Verbot des Opiumhandels in Kanton streng durchführte, verlegte die Firma 1841 ihren Sitz nach Hongkong. Beide Firmengründer dienten damals als Lobbyisten bei der Londoner Regierung für die Protek-